

Christian Albrecht
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

Nr. 20/2000

Kiel, Donnerstag, 25. Januar 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ekkehard Klug: „Ohne zufriedenstellende Netzwerkbetreuung scheitert die Initiative ‚Schulen ans Netz‘“

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdpsh.de
Internet: <http://www.fdpsh.de>



In seiner Rede zur Einbringung des F.D.P.-Antrages „Netzwerkbetreuung an öffentlichen Schulen“ erklärte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„In Sachen „Netzwerkbetreuung an Schulen“ besteht dringender Handlungsbedarf.

Wenn es hier nicht bald zu einer vernünftigen Regelung kommt, dann fällt die Initiative ‚Schulen ans Netz‘ in diesem Lande in sich zusammen wie ein Kartenhaus.

Kostspielige Investitionen in die IT-Ausstattung der Schulen, finanziert durch private und öffentliche Gelder, würden dann weitgehend nutzlos bleiben, weil die Einbeziehung der neuen Medien in den Schulunterricht nicht vorankommt.

Mit dem Antrag, den die F.D.P.-Fraktion zur heutigen Landtagssitzung vorgelegt hat, wollen wir eine solche Fehlentwicklung verhindern.

Der Aufbau und die Betreuung der PC-Netzwerke an schleswig-holsteinischen Schulen wird bis heute von engagierten Lehrkräften im wesentlichen durch freiwillige Mehrarbeit gewährleistet.

Der ihnen dafür gewährte Ausgleich ist in der Regel minimal - im allgemeinen handelt es sich um eine Entlastungsstunde pro Woche.

Darüber, wie die Situation verbessert werden kann, und wie vor allem das elende Hin-und-Hergeschiebe der Verantwortung zwischen Land und Kommunen endlich beendet werden kann, hat es zwischen Netzwerkbetreuern der Schulen und dem Kultusministerium bereits vor anderthalb Jahren auf Abteilungsleiterebene Gespräche gegeben. Geschehen ist seither nichts.

Mittlerweile sind die Betroffenen über die Untätigkeit ihres Dienstherrn derart frustriert, dass viele daran denken, das Handtuch zu werfen.

Presseinformation

Wenn sie die von ihnen bis heute bei der Einführung der neuen Medien an den Schulen geleistete freiwillige Mehrarbeit einschränken oder einstellen, dann wäre das für die Einbeziehung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulunterricht ein enormer Rückschlag.

Welche Leistung engagierte Lehrer hierbei bis heute freiwillig erbringen, möchte an einem Beispiel verdeutlichen. Einer der Netzwerkbetreuer hat im vergangenen Jahr über seinen Aufwand Protokoll geführt. Er ist auf insgesamt 480 Arbeitsstunden gekommen. Eine halbe Stunde für e-mail-Kontakte pro Arbeitstag ist dabei noch nicht einmal eingerechnet. Der Lehrer erhält im Gegenzug eine Wochenstunde Unterrichtsermäßigung. Wenn man Aufwand und Ausgleich gegenüberstellt, wird deutlich, wo das Problem liegt:

Die Netzwerkbetreuer fühlen sich von ihrem Dienstherrn zunehmend im Stich gelassen, weil dieser es seit langem versäumt, eine dem tatsächlichen Arbeitsaufwand auch nur annähernd entsprechende Regelung einzuführen - während zur gleichen Zeit die immer weiter verbesserte IT-Ausstattung der Schulen die damit für die Netzwerkbetreuer verbundene Arbeitsbelastung noch weiter erhöht.

Im bayerischen Landtag haben die SPD-Abgeordneten Radermacher, Pfaffmann, Irlinger und drei weitere Kollegen am 6. Juli 2000 einen Antrag eingebracht, in dem die bayerische Staatsregierung aufgefordert wird, zur sofortigen Entlastung der Systembetreuer/-innen an den Schulen in Bayern je nach Größe und Art der IT-Ausstattung zwischen 5 und 10 wöchentliche Entlastungsstunden vorzusehen.

In der Begründung dieses bayerischen SPD-Antrages heißt es - ich zitiere - :

„Der Aufwand für die Betreuung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien an den Bayerischen Schulen ist enorm. Die Doppelbelastung der Lehrer und Lehrerinnen von Systembetreuung und Unterricht ist unverantwortlich.

Um eine sowohl pädagogisch als auch organisatorisch und technologisch effektive Ausnutzung der I & K – Technologien an den Schulen zu erreichen, muss ein bedarfsgerechter Zeitaufwand bereit gestellt werden ...“

Was die sozialdemokratische SPD-Landtagsfraktion in Bayern für richtig hält, ist auch in Schleswig-Holstein notwendig.

Über den Umfang der möglichen Entlastung wird man aufgrund der von der Landesregierung hierzu zu erarbeitenden Vorlage noch reden müssen. Natürlich kostet eine solche Lösung Stellenäquivalente, d.h. Geld. Wenn man die Einbeziehung der neuen Medien in den Schulunterricht will, ist das unvermeidlich. Denkbar wäre vielleicht auch ein Stufenkonzept, das in den kommenden Jahren schrittweise realisiert werden könnte.

Ebenso wie das Land sind auch die Kommunen gefordert. Sie sind für die sächliche Ausstattung der Schulen zuständig. Computer und Netzwerke gehören heute genauso dazu wie zum Beispiel die Sportgeräte, ohne die kein Sportunterricht stattfinden könnte.

Zwischen Land und Kommunen muss es hier eine klare Aufgabenteilung geben. Für die technische Wartung bzw. Reparatur der IT-Ausstattung müssen im Zweifelsfall die kommunalen Schulträger eintreten - auch wenn es natürlich wünschenswert ist, dass

hier nach Möglichkeit Sponsoren, z.B. aus den Reihen örtlicher Unternehmen, an Stelle der Kommunen einspringen.

Die Netzwerkbetreuer der schleswig-holsteinischen Schulen haben sich vor geraumer Zeit zu einem Administratorenforum zusammengeschlossen. Wie sich die Situation an den Schulen aus ihrer Sicht darstellt, kann jeder Interessierte sich auf der Website www.adminforum-sh.de selbst anschauen.

Die dort zu findenden Stellungnahmen setzen sich kritisch mit dem neuerdings offenbar von der Landesregierung verfolgten Konzept einer „serverlosen Schule“ auseinander.

Dort heißt es zum Beispiel: Die Einführung eines Landesportals, auf dem dann alle Software liegt und die Workstations der Schulen virtuell gefahren werden, sowie die Abmagerung der Schülerarbeitsplätze zu Terminals bei Datenübertragung über das Internet (ASP - Application Service Providing) sei „ohne Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen weder technisch realisierbar noch wirtschaftlich vertretbar“.

Im einzelnen wird auf folgendes hingewiesen:

- in größeren Schulen mit umfangreicher IT-Ausstattung käme es zu exorbitant hohen Datenübertragungsraten;
- die UMTS-Technologie zur Datenübertragung werde erst in einigen Jahren flächendeckend verfügbar sein;
- im Schulbetrieb seien teilweise mehr als 100 Unterrichtsprogramme einzubinden. Erfahrungen zur Einbindung einer solchen Anzahl und Vielfalt von Programmen stünden bisher aus.
- die Lehrkräfte befürchten, dass es bei Umsetzung des Konzeptes der serverlosen Schule zu Einschränkungen beim Softwareeinsatz kommen ; konkret: dass die Schulen die Software für „ihren“ Unterricht dann nicht mehr frei nach pädagogischen Gesichtspunkten auswählen können, sondern auf einen zentral bereitgestellten ‚Fundus‘ zurückgreifen müssten.
- Falls Teile der Datenübertragungskette ausfielen, sei ein multimedialer Unterricht (landesweit) nicht mehr möglich;
- in der Berufswelt seien heute fast ausschließlich lokal vernetzte Systeme üblich. Es müsse daher weiterhin möglich sein, auch an den Schulen im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften und Projekten den Aufbau, die Wartung und Administration von Netzwerken zu lehren und zu üben.

All diese Punkte machen meines Erachtens deutlich, dass die Regierung mit ihrer Idee von der „serverlosen Schule“, die auch eine angemessene Ausstattung der Netzwerkbetreuer überflüssig machen soll, einen jedenfalls auf absehbare Zeit kaum gangbaren und mit erheblichen pädagogischen Nachteilen verbundenen Weg beschreiten will.

Zu einem vernünftigen Konzept für die Netzwerkbetreuung an Schulen gibt es keine Alternative.“